

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 12 04 98  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telefax: 08 86 846 pppn d

## Inhalt

Peter Paterna MdB, Medienexperte der SPD-Bundestagsfraktion, beschreibt den Fall Stolze: Der Regierungssprecher als Kandidat für den ZDF-Fernsehrat?

Seite 1

Klaus Daubertshäuser MdB kritisiert Dollingers Wende weg von der Linie der ökonomischen Vernunft: Unsinnig und töricht.

Seite 3

Dietrich Sperling MdB vermißt bei der neuen Wohnungspolitik ein ausgewogenes Konzept: Maßnahmen heben einander auf.

Seite 5

Dagmar Luuk MdB kommentiert Reagans Besuch in Lateinamerika: Keine Wende in der US-Politik.

Seite 6

Hermann Wimmer MdB beschreibt, wie die neue Regierung auch in der Agrarpolitik auf Kosten der Bedürftigen spart: Was kann man ihnen noch glauben?

Seite 8

37. Jahrgang / 235

10. Dezember 1982

### "Fall Stolze"

Der Regierungssprecher als Kandidat für den ZDF-Fernsehrat?

Von Peter Paterna MdB  
Medienexperte der SPD-Bundestagsfraktion

### Die Tatsachen:

1. Der Regierungssprecher erklärt am 24. November vor der Bundespressekonferenz auf Fragen von Journalisten: "Nachdem ich kein Engagement bei der Merca-Media GmbH habe, sehe ich keinen Interessenkonflikt.... Ich unterscheide auf das sorgfältigste zwischen meiner Frau und mir."
2. Die Bundesregierung erklärt am 2. Dezember auf meine Frage vom 26. November (Nr. 61): "Danach hat er (Stolze) weder ein Engagement bei einer Gesellschaft noch ist er an ihr beteiligt."
3. Dr. Diether Stolze hat am 21. April gegenüber der Merca-Media Gesellschaft für Kommunikations- und Finanzberatung mbH die selbstschuldnerische Bürgschaft für die vollständige und rechtzeitige Einzahlung der restlichen Stammeinlage von Frau Sylvia Stolze in Höhe von DM 120.000 zuzüglich gemäß Paragraf 20 GmbH-Gesetz geschuldeter Verzugszinsen übernommen.
4. Die Bundesregierung bestätigt heute auf eine meiner Zusatzfragen, daß sie von der persönlichen Haftung Dr. Diether Stolzes gegenüber der Merca-Media zum Zeitpunkt der Entsendung nichts gewußt hat. Offensichtlich hielt sie es auch in der vergangenen Woche vor Beantwortung meiner diesbezüglichen Fragen nicht für nötig, die relevanten Tatsachen zu ermitteln.

### Meine Bewertung:

1. Die Bundesregierung, die unserem Land "moralische Erneuerung" verkündet, ist bemerkenswert unsensibel gegenüber den Problemen, die sich aus der Verknüpfung zwischen privaten Geschäften und Verpflichtungen aus Regierungsämtern ergeben. (Ein Vergleich zu Schwarz-Schilling und seiner PKK darf angestellt werden.)

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

Printed in Germany  
www.sdp-pressendienst.de  
02 28 8 12-1



2. Es gibt wohl niemanden, dem man weismachen kann, Dr. Diether Stolze habe kein "Engagement" zu einer Firma, deren möglicher wirtschaftlicher Mißerfolg ihn 120.000 DM ärmer machen kann.  
Merke: "Engagement" heißt laut Duden "Bindung, Verpflichtung". Eine selbstschuldnerische Bürgschaft über 120.000 DM ist zweifelsfrei eine Verpflichtung nicht nur nach allgemeinem Sprachgebrauch, sondern auch im streng rechtlichen Sinne.
3. Nachdem die Bundesregierung es offensichtlich weder vor der Entsendung noch nach diesen neuen Erkenntnissen für notwendig hält, von sich aus zu prüfen, ob das Risiko einer Ablehnung Dr. Stolzes als Mitglied des ZDF-Fernsehrats nach Paragraph 14 Absatz 7 ZDF-Staatsvertrag besteht, bleibt die Verblüffung über das Ausmaß an Dickfälligkeit dieser Regierung gegenüber dem Ansehen einer öffentlich-rechtlichen Anstalt und dem Informationsbedürfnis eines Abgeordneten des Deutschen Bundestages.

Hinweis: Die Merca-Media GmbH für Kommunikation und Finanzberatung hat als Geschäftsziele unter anderem "Vermittlung von Beiträgen für Fernseh- und Rundfunkanstalten", "Finanzielle Beratung und Durchführung damit im Zusammenhang stehender Geschäfte" (vergleiche Handelsregister Hamburg).

Die Merca-Media ist zu 50 Prozent beteiligt an der Arbor-TV-GmbH (München). Gegenstand der Arbor-TV laut Handelsregister München ist die "Herstellung von Filmen sowie alle mit dem Film- und Fernsehwesen zusammenhängenden Geschäfte jeglicher Art einschließlich Beratung auf diesen Gebieten, ferner Herstellung und Auswertung von Schallakustischen Aufnahmen sowie Verlagsgeschäfte. Die Gesellschaft ist berechtigt, sich an gleichartigen Unternehmen zu beteiligen, insbesondere als persönlich haftende Gesellschafterin an Personengesellschaften. Sie ist auch berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten."

In Paragraph 14 Absatz 7 ZDF-Staatsvertrag heißt es unter anderem:

"Die Mitglieder des Fernsehrates dürfen keine wirtschaftlichen oder sonstigen Interessen haben, die geeignet sind, die Erfüllung ihrer Aufgaben als Mitglieder des Fernsehrates zu gefährden."

Auf die Prüfung durch den ZDF-Fernsehrat darf man gespannt sein, nachdem die Bundesregierung eine Prüfung offensichtlich nicht für notwendig hielt.

(-/10.12.1982/ks/ca)

+ + +



Unsinnig und töricht

Dollingers Wende weg von der Linie der ökonomischen Vernunft

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Obmann der SPD im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages

Der neue Bundesverkehrsminister Werner Dollinger hat in diesen Tagen erklärt, in der Straßenbau-Politik unterscheide er sich "grundlegend" von dem ehemaligen Bundesverkehrsminister Dr. Hauff. Um dieser Feststellung Nachdruck zu verleihen kündigte er an, alleine bis zum Jahre 1990 wolle er 9.100 Kilometer Bundesfernstraßen, davon 3.000 Kilometer Autobahnen bauen. Als Vergleichszahl sollte man sich den heutigen Autobahn-Kilometer-Stand in Erinnerung rufen: 7.800 Kilometer. Das heißt Dollinger will in sieben Jahren den in über 30 Jahren gewachsenen Stand nochmals fast um die Hälfte aufstocken. Damit ändert sich in der Tat die Verkehrspolitik der letzten Jahre "grundlegend".

Die Linie der sozialdemokratischen Verkehrsminister ließ sich zusammenfassen unter dem Motto "Qualität vor Quantität". Diese Linie der ökonomischen und ökologischen Vernunft fand den Beifall breiter Bevölkerungskreise.

Was Bundesverkehrsminister Dollinger nun beabsichtigt ist unsinnig und töricht aus den verschiedensten Gründen:

- haushaltspolitisch unausgegoren: Die von Dollinger vorgesehene Kilometer-Bauleistung erfordert nach dem Preisstand von 1981 ein Investitionsvolumen von 63 Milliarden DM. Diese Super-Summe will Dollinger nach eigenen Aussagen über Kürzungen in anderen Bereichen des Verkehrshaushaltes finanzieren; als Beispiel nennt er den Flughafenbau. Seine Einsparung dort: 90 Millionen DM. Allein diese beiden Zahlen:  
a/ Finanzbedarf 63 Milliarden DM b/ zusätzlicher Finanzierungsvorschlag 90 Millionen DM zeigen, wie unseriös und schlampig der Bundesverkehrsminister arbeitet.
- gefährlich für die Verkehrs-Infrastruktur. Durch das Verlassen der bisherigen Linie "Ausbau im Verkehrsnetz" statt "Ausbau des Verkehrsnetzes" ist ein Kollaps unserer Verkehrsinfrastruktur zu befürchten. Allein für die Unterhaltung der Bundeswasserstraßen müßten 500 Millionen DM eingeplant werden. Die dringend notwendigen Ersatz-Investitionen bei DB und bei den Bundesstraßen liegen beträchtlich höher.



- umwelt- und energiepolitisch völlig verfehlt. Wider den größten Teil des Sach- und Fachverständes der Wissenschaft und gegen breite Bürgerinteressen wird das "Verkehrssystem Schiene" auf das Neue gegenüber dem "Verkehrssystem Straße" benachteiligt; mit dem vorhersehbaren Ergebnis der Arbeitsplatz-Vernichtung bei der Deutschen Bundesbahn (DB).
- arbeitsmarktpolitisch untauglich, da das einzusetzende Kapital im Hinblick auf Schaffung von Arbeitsplätzen im Autobahnbau das schlechteste Nutzen-Ergebnis zeigt:
 

Autobahnbau	100 Millionen DM	=	1.600 Arbeitsplätze
Ortsumgehung	100 Millionen DM	=	1.600 Arbeitsplätze
ÖPNV	100 Millionen DM	=	2.000 Arbeitsplätze
DB	100 Millionen DM	=	2.000 Arbeitsplätze
- konjunkturpolitisch für das Straßenbau-Gewerbe wenig hilfreich. Die Erfahrungen mit Konjunkturprogrammen haben gezeigt, daß antizyklisch gemeinte Aktionen auf dem Verkehrswegesektor im Ergebnis eher prozyklisch wirkten. Der Grund liegt in den Fristen für Vorbereitung und Baureifmachung. Eine positive Wirkung auf die Beschäftigung ist nur zu erwarten, wenn die Wirtschaft auf eine mittel- und langfristige Strategie vertrauen kann. Das heißt: Generelles Ziel sollte eine Verstetigung der Nachfrage sein und keinesfalls ein Auf und Ab!

Keine sachliche Begründung also für Dollingers bombastische Pläne, das ist wahrhaftig eine Wende weg von der Linie der ökonomischen Vernunft!

(-/10.12.1982/ks/ca)

+       +       +



Kein ausgewogenes Konzept

Maßnahmen der neuen Wohnungspolitik heben einander auf

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Die sozial-liberale Koalition hatte es in der Wohnungspolitik nicht einfach, weil ein freidemokratischer Koalitionspartner zu bändigen war, dessen Vorstellungen zum Abbau des Mietrechtes weitergingen als die der CDU, und weil der CDU beherrschte Bundesrat vieles blockierte.

Das Ergebnis war insgesamt beeindruckend und sozial ausgewogen angesichts dessen, was uns nun blüht:

- Durch steuerliche Maßnahmen, die sämtlich progressiv und damit sozial einseitig wirken, wird das Fördersystem noch unübersichtlicher und undurchschaubarer gemacht.
- Mit der Grunderwerbssteuerreform werden die kleinen Hauskäufer belastet und die großen entlastet. Dies wird gerade bei den kleinen zusammen mit der Baulandverteuerung die Wirkung der neuen zusätzlichen Förderung auffressen.
- Gegen den weiteren Anstieg der Baulandpreise tut die neue Bundesregierung nichts.
- Dafür baut sie systematisch den Schutz der Mieter vor willkürlichen Mieterhöhungen ab und kürzt zudem am Wohngeld. (Die Kürzung des Wohngeldes bei den kleinen Einkommen ist nicht rückzahlbar wie die Abgaben der großen Einkommen.)

Das Nichtbekämpfen des Investitionshemmnisses Baulandknappheit und Bodenpreise und die bewußt gewollte Anhebung der Mieten werden Umverteilung bewirken, aber den Wohnungsbau nicht fördern.

Die Mieterhöhungen, die ja gezielt auch auf den billigen Althausbestand ausgedehnt werden, dürcken die Nachfrage - wer nimmt schon eine größere Wohnung, auch wenn er beengt wohnt, wenn er nicht weiß, wohin die Miete steigen wird - und dämpfen den Neubau anstatt ihn zu beleben.

Dies ist kein ausgewogenes Konzept, sondern ein Gegeneinander von Maßnahmen, die sich in der wohnungspolitischen Wirkung teilweise gegenseitig aufheben, die Einkommensschwachen belasten, denen, die gut verdienen, neue Steuervorteile bescheren und weil sie den Wohnungsbau tatsächlich nicht in dem erforderlichen und versprochenen Ausmaß beleben, neue Subventionen erforderlich machen werden.

Die Nachfolger dieser Regierung werden einen teuren Scherbenhaufen sortieren müssen. Darum sollte man sie nicht allzu lange walten lassen. (-/10.12.1982/ks/ca)

+ + +



**Besuch im Hinterhof der Nation**  
-----

Reagan in Lateinamerika - keine Wende in der US-Politik

Von Dagmar Luuk MdB

Mitglied im Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die erste Reise Ronald Reagans durch Latein- und Mittelamerika hat weniger Aufregung gebracht als erwartet. Der Fünf-Tage-Trip des US-Präsidenten durch Brasilien, Columbien, Costa Rica und Honduras war indessen mehr als eine Werbetour von Onkel Sam mit dem großen Dollarsack: Die USA haben die Kontinuität ihrer Politik gegenüber dem Nachbarn im Hinterhof der Nation unterstrichen. Konkret heißt dies: Unterstützung der vor dem Staatsbankrott stehenden "Frontstaaten" Honduras und Costa Rica gegen Nicaragua, Ausbau der Militärhilfe für die Regimes in Guatemala und El Salvador beim Kampf gegen die Guerillas, Reaktivierung der Kontakte zu Brasilien durch die Gewährung eines 1,2 Milliarden Dollar Überbrückungskredites. Die Zukunftsträchtigkeit dieser Lateinamerikapolitik der Vereinigten Staaten wird mehr und mehr bezweifelt, nicht zuletzt auch im amerikanischen Kongreß.

Die Schlagworte mit denen der Präsident seine Werbetour durch Lateinamerika gewürzt hatte, haben angesichts der Realitäten viel von ihrer Faszination eingebüßt: Der Traum vom american way of life für die 600 Millionen Menschen zwischen Kanada und dem Kap Horn hat vor dem Hintergrund einer Reihe in dieser Region vor dem Staatsbankrott stehenden Länder wenig Realitätsbezug. Kaum realitätsnäher war die Verheißung Reagans, es komme in Lateinamerika künftig darauf an, die Entscheidung an den Wahlurnen und nicht mit Gewehrkegeln zu suchen. Vorerst indessen wurden die Voraussetzungen dafür verbessert, daß in absehbarer Zukunft zumindest kein Mangel an Gewehrkegeln sein wird. Die Militärhilfe für Guatemala soll, wenn es nach dem Willen des Präsidenten geht, wieder aufgenommen und die für El Salvador und Honduras verstärkt werden.

Fortschritte in der Respektierung der Menschenrechte, die sich die US-Administration in jenen Regionen zum Ziele gesetzt hatte, sind ebenso mühsam zu erreichen, wie Fortschritte im Demokratisierungsprozeß. Termingerech setzte El Salvador



eine staatliche Kommission für Menschenrechte ein, um zu demonstrieren, wie ernst man es meint mit dem Demokratisierungsprozeß. Ob es indessen von Ronald Reagan ratsam war Stimmung zu machen, gegen die "falschen Revolutionäre" aus Nicaragua, die anderswo Guerilleros unterstützten und auf einen Umsturz hinarbeiteten, wird sich zeigen. Carlos Perez der frühere Staatschef von Venezuela und Vizepräsident der Sozialistischen Internationalen hat es inzwischen als eine bedauerliche Diskriminierung bezeichnet, daß Reagan ein Gespräch mit der sandinistischen Führung Nicaraguas abgelehnt habe.

Daß sich Lateinamerika immer weniger von den materiellen Gesten des großen amerikanischen Nachbarn überzeugen läßt, war Reagan bei seinem Aufenthalt in Bogotá demonstriert worden. Der columbianische Staatspräsident Betancur, ein überzeugter Anhänger der Blockfreien-Bewegung, machte aus seiner Überzeugung keinen Hehl. Für die Ohren Reagans mag die Forderung Betancurs befremdlich geklungen haben, der sich in der Politik gegenüber Lateinamerikas gegen Druck und Isolierung und für eine Hilfe aussprach, die nicht an Bedingungen geknüpft sei. Zudem drängte der Columbianer den amerikanischen Präsidenten, die USA sollten den Boykott gegenüber Cuba einstellen und die Wiederaufnahme des Landes in die Organisation amerikanischer Staaten zulassen - eine "sehr harte" Rede, wie Außenminister Shultz feststellen mußte.

Ob der traditionelle Antikommunismus, den die USA mit ihren Nachbarn in dieser Region pflegen als Stabilisierungsfaktor eine Zukunft hat, mag bezweifelt werden. Fest steht allerdings, daß manches was noch vor Jahren im Zuge dieser Politik als selbstverständlich angesehen wurde, inzwischen längst zu einer variablen Größe in der Lateinamerikapolitik geworden ist. (-/10.12.1982/ks/ca)

+ + +



Was kann man ihnen noch glauben?  
-----

Auch in der Agrarpolitik wird auf Kosten der Bedürftigen gespart

Von Hermann Wimmer MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Auch in der Agrarsozialpolitik probt die neue Regierung die Wende. Wie in anderen Bereichen ist es eine Wende zu größerer sozialer Ungerechtigkeit, die jetzt durch die Agrarpolitiker der Koalitionsparteien mit Hilfe von Umschichtungen im Haushalt des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten überdeckt werden soll.

In den Kabinettsbeschlüssen vom 27. Oktober 1982 hat die neue Koalition in der landwirtschaftlichen Sozialpolitik den Entwurf der sozial-liberalen Bundesregierung kräftig gekürzt. So sollen die Bundeszuschüsse zur landwirtschaftlichen Altershilfe (einschließlich Landabgabenrente) um 110 Millionen Mark, die Zuschüsse zur Unfallversicherung um 30 Millionen Mark gekappt werden. Dies geht vor allem zu Lasten der Rentner und kleinen Landwirte. Mit den so freiwerdenden Mitteln soll die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" um 130 Millionen Mark gegenüber dem alten Regierungsentwurf aufgestockt werden. Und das wird dann als Umschichtung vom konsumtiven in den investiven Bereich deklariert. Neue Arbeitsplätze werden allerdings kaum geschaffen, wenn Bundesminister Ertl und die CDU/CSU damit vor allem die einzelbetriebliche Investitionsförderung zur Erzeugung noch höherer Agrarüberschüsse aufstocken wollen. Die Sozialdemokraten halten es für besser, wenn investive Mittel in die Dorferneuerung fließen, weil dort tatsächlich neue Arbeitsplätze im ländlichen Raum geschaffen werden.

Die Beratungen im Ernährungsausschuß über das Haushaltsbegleitgesetz 1983 haben die kompromißlose Haltung von CDU/CSU und FDP in der Agrarsozialpolitik bestätigt. Anträge der SPD, eine größere soziale Ausgewogenheit in den Regierungsentwurf zu bringen, wurden abgelehnt. Zwar sieht man die Probleme, allein es fehlt die Kraft oder der Wille zu notwendigen Anpassungen.



Wir haben gefordert, die vorgesehene Anhebung der Altersgelder bereits zum 1. Januar 1983 vorzunehmen. Wir wollten damit verhindern, daß Altersgeldempfänger mit weiteren Bezügen zum Jahresbeginn eine Senkung ihrer Rente in Höhe des von ihnen zu zahlenden Krankenversicherungsbeitrages hinnehmen müssen. Verheiratete erhalten nach Angaben des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung bei einer Rente von 476,10 Mark rund 27 Mark weniger. Der Deutsche Bauernverband spricht von nicht gerechtfertigter Ungleichbehandlung. Recht hat.er.

Die Landwirte müssen schon zum 1. Januar 1983 mit einer Beitragserhöhung um elf Mark rechnen, während die Anpassung der Altersgelder erst zum 1. Juli 1983 erfolgt. Dies will die SPD nicht mitmachen. Wir haben im Ausschuß Verschiebung der Beitragserhöhung auch auf den 1. Juli 1983 beantragt. Die Koalitionsparteien lehnten ab.

Die Bundesmittel für die landwirtschaftliche Altershilfe werden so um 105 Millionen Mark auf zwei Milliarden Mark im Jahre 1983 gesenkt. Anlaß genug, um auf einen Vorschlag der sozial-liberalen Koalition zurückzukommen, die Leistungsfähigkeit der Betriebe bei der Verteilung der Bundeszuschüsse stärker zu berücksichtigen. Die SPD hat unter Hinweis auf den Beschluß des Bundestages vom 23. November 1981 einen entsprechenden Entschließungsantrag gestellt. Ergebnis der Abstimmung, wen wundert's noch: Ablehnung.

Alle Anträge wurden abgelehnt. Die Agrarpolitik der CDU/CSU sollten sich darauf einstellen, daß man ihren starken Worten in der landwirtschaftlichen Bevölkerung nicht mehr glauben, und daß man ihre Durchsetzungskraft in der Regierung anzweifeln wird.  
(-/10.12.1982/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

